



### Pressemitteilung

#### DPolG Bremen warnt vor unfriedlichen Bauernversammlungen

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen (DPolG) warnt angesichts der anstehenden Proteste der Landwirte vor einer Eskalation der Situation.

Zuvor gab es in anderen Teilen des Landes prekäre Situationen zwischen Polizei und Landwirten. Letztere schossen weit über das Ziel einer friedlichen Versammlung hinaus und begingen Straftaten, wie z.B. Nötigungen durch Blockaden. In einem Fährhafen in Schleswig-Holstein eskalierte die Situation derart, dass nach Medienberichten sogar Pfefferspray eingesetzt werden musste, um einen Sturm auf ein Schiff, auf dem sich der Vizekanzler Robert Habeck mit seiner Familie befand, zu verhindern. Beim Verlassen des Schiffs wurden sogar die Kinder Habecks verbal angegangen.

„Die derzeitigen Proteste sind legitim und nachvollziehbar. Die ordnungsgemäßen Versammlungen werden ohne Wenn und Aber von unseren Kolleginnen und Kollegen geschützt - sofern sie rechtskonform verlaufen. Das Versammlungsrecht ist eines der höchsten Rechte in unserer Demokratie.“ so André Gudel, 1. stellv. Vorsitzender der DPolG Bremen. „Was jedoch nicht funktioniert ist, wenn dieses Recht genutzt wird, um dann Straftaten zu begehen. Hier wird die Polizei konsequent einschreiten und diese unterbinden. Jeder kann den Unmut der Landwirte verstehen aber niemand wird es verstehen, wenn dieser sich in Gewalt gegen die Polizei oder andere Menschen niederschlägt. Die Landwirte müssen zudem aufpassen, dass sie sich nicht durch Verfassungsfeinde oder andere extreme Gruppierungen instrumentalisieren lassen bzw. sich diese die aktuellen Proteste zunutze machen.“

Als Beispiel für einen Stimmungswechsel in der Bevölkerung gibt Gudel die sogenannten Klimakleber an, die aktuell die Gesellschaft spalten. „Hier ist die Solidarität von der anfänglichen Akzeptanz des Ziels wegen, ganz schnell ist eine starke Ablehnung umgeschlagen. Das sollten die Landwirte nicht riskieren weil die Bevölkerung grundsätzlich hinter ihnen steht.“

Die DPolG begrüßt es, dass der Landesbauernverband Niedersachsen e.V. in einer eigenen Stellungnahme auf der Internetseite „[...] jegliche Verletzung der Privatsphäre von Politikern und anderen öffentlichen Personen sowie gewaltsame Aktionen ausdrücklich ablehnt [...]“ und die Teilnehmer zu einem friedlichen Protest aufruft. „Die Polizei ist derzeit in vielen schwierigen Lagen gefordert, da braucht es nicht auch noch Gewalt aus der sonst friedlichen Bevölkerung, der sich gegen Politik richtet aber bei unseren Kolleginnen und Kollegen entlädt.“ so Gudel.